# 'Postmodern is almost all right'

Verkürzte Anmerkungen zur Architektur-Biennale in Venedig

Müßig der Streit über Wert oder Unwert der 'strada novissima' auf der Architektur-Biennale in Venedig? Ist sie die 'main street' der Postmoderne, verstanden als universal gewordene Architekturbewegung, die ihre Legitimation nicht aus einer vergleichbaren Bedeutung neben der »Moderne« des 20. Jhd.s. gewinnt, sondern vielmehr aus ihrer Frontstellung gegen sie? Oder ist sie nur ihr 'Sunset Boulevard' -pompes funèbres für ein lautstarkes, aber kurzlebiges Phantom? Diese mehr historisch orientierte Spekulation veranlaßt weniger Architektur- oder Design-Charakter dieser ironisch-monströsen rue corridor als solcher, den man eher amüsiert zur Kenntnis nimmt, als die programmatischen Äußerungen, die die Veranstalter der Ausstellung, allen voran Portoghesi, über den Katalog ans Publikum richten. Denn aus dem höchst heterogenen Spektrum der ausgestellten Beiträge heraus ist die angemaßte Gültigkeit der Zauberformel postmodern nicht zu ersehen.

Weder die Ahnenreihe -Johnson, Rodolfi, Gardella - ist in sich repräsentativ und überzeugend, weniger noch das Willkürprinzip der neben E. Basile zusätzlichen Ausstellungsvorhaben für Josef Hoffmann oder Scarpa oder Bruno Taut, - noch der Repräsentativitätsgrad der 20 Kronzeugen in den Kojen hinter den Triumphpforten der strada novissima. Was diese als Attribut 'neu' im Superlativ des Namens mitführt, erweist sich in Wahrheit als die unriskante Nachbarschaft des Bewährten und Bekannten. Ob Rossi, Kleihues, Hollein oder Krier, irgendwo und irgendwann in den Siebziger Jahren, in Mailand 1973, in Dortmund 1976, oder in Brüssel 1978, waren sie unter dem Kennwort 'Rationalismus' schon einmal dabei. Nicht die Tatsache, sie hier erneut und wertgesteigert wiederzufinden, löst Irritation oder Unbehagen aus, sondern die Militanz, mit der sie hier als Repräsentanten einer Bewegung figuieren, die ihrer rationalistischen Herkunft eher zuwider läuft.

Denn der besonders von Portoghesi im Katalog reklamierte Pluralismus der Architekturpositionen in Venedig, hinter dem sich freilich Konzeptionsschwächen gütlich verdecken lassen, erstarrt in der Argumentationsfolge zu einer handfesten Ideologie der Anti-Moderne.

Portoghesi spricht vom Ende des Prohibitionismus, vom Aufbrechen einer Orthodoxie, vom Kurieren eines Ödipuskomplexes gegenüber dem Dogmen-Index der »Modernen Bewegung«, ja, die gewollte Kartharsis-Funktion der Postmoderne verleitet ihn zum sekularen Vergleich mit der Renaissance des 15./16. Jh.s, wo der virulente Druck antiken Kulturerbes einer aufgeklärten Moderne der Vernunft und Wissenschaft erfolglos erlegen war.<sup>2</sup>

In Vergleicbarer Stoßrichtung führt der Historismus der Postmoderne zurück zur intakten Architektursprache vor der babylonischen Verwirrung. So epochal die Bezüge, so klinisch der Befund! Der Exorzismus der »modernen Tradition«, die »Laizisierung« der Architektur als Disziplin veführt den Promotor der Postmoderne zum ekklesiastischen Vokabular von Häresie und Schisma! Porthogesi's Postmoderne, so pluralistisch und liberal auf ihre Positionen verwiesen - Rossi's Rationalismus, die New York Five, Jenck's »Radikaler Eklektizismus«, u.a.beginnt den Kreuzzug gegen die geharnischte »Moderne« ziemlich ungeschützt. Einerseits als »Bewegung« proklamiert und in Venedig nun in actu formiert, gereicht ihr der eigene Pluralismus zur theoretischen Schwäche. Der (Auch-) Historiker Portoghesi wird doch im Ernst nicht leugnen können, daß die Positionen der Architektur zwischen, sagen wir, 1920 und 1928, der Inkubationszeit der Moderne, nicht ebenso pluralistisch, widersprüchlich, komplex waren wie die rein quantitativ bestimmt - Szene der 70er Jahre. Wozu diese Pauschalisierung der Moderne als Synthesis ihrer Folgen, anstatt ihren historischen Kern als produktiven Prozeß dem modernen/postmodernen (?) Bewußtsein zu bewahren? Warum die manische Indizierung des späten Gropius und die beharrliche Verdrängung des jungen, der uns doch vielmehr interessieren muß? Kompensiert Portoghesi den mangelnden Gruppengeist der Postmoderne mit der Verblokkungsstrategie der »Moderne« als gan-

Die Schwäche dieser Methode verweist auf das theoretische Defizit der Postmoderne als einheitlicher Bewegung - ihre Fundierung auf die semiotischen Bezüge von Sprache. Sicherlich ist Vincent Scully's Nachweis von der Ähnlickeit der Fenster-Formen bei Rossi und Venturi aufschlußreich (S. 18), aber verhindert ihre Festschreibung als Archetypen nicht ihr produktiveres Verständnis als ikonisches Produkt von entwurfstypologischen Prozessen, die besonders Rossi u.a. Rationalisten so unermüdlich und mit unterschiedlichem Erfolg in ihrer Arbeit praktizieren? Liegt nicht gerade in diesen Bemühungen die Nähe zur großen Tradition der rationalen modernen Architektur? Wie harmlos dem gegenüber die Zitierexerzitien der »radikalen« Eklektzizisten - und das Ganze dann friedlich nebeneinander, Koje an Koje, auf der strada novissima der Postmoderne. (Ist die Sonderschau für Rossi im Kleinen Welttheater Rossi's vor der Dogana da nicht am Ende die Folge der Einsicht in die Unvereinbarkeit des allzu Verschiedenen?)

Es gehört zu den Ungereimtheiten dieser ersten Architekturbiennale, daß die

Beiträge ihrer Theoretiker, und das sind im Katalog neben den bereits zitierten diejenigen von Christian Norberg-Schulz und Charles Jencks, keinen Konsens über Ziele, Ein- und Abgrenzung der Bewegung zu geben imstande (oder Willens) sind. Geradezu eklatant wird dies in den exponierten Außerungen von Ch. Norberg-Schulz. Er ist der einzige, der eine historisch richtige Verknüpfung von »Moderne« und »Postmoderne« in der Architektur leistet. Er ist aber auch der einzige, der im pluralistisch vereinten Kritikerquartett des Katalogs einen entwaffnenden Offenbarungseid zur Bewertung der Postmoderne gibt: »Auch die Postmoderne ist gescheitert. «(S. 22) Diese skonzertante Formel dürfte den Veranstalter Portoghesi vor mehr als redaktionelle Probleme gestellt haben, nachdem bereits vor der Redaktion des Katalogs der Amerikaner Kenneth Frampton seinen Beitrag aus Tendenzgründen zurückgezogen hatte.

Wenn also die Postmoderne nach Norberg-Schulz schon anläßlich ihrer Präsentation auf der via triumphalis im Arsenal gescheitert ist, wo können dann die Chancen einer neuen, modernen oder auch nur zeitgenössisch angemessenen Architektur liegen? Norberg-Schulz' Prognosen, streckenweise mit apodiktischer Gewißheit vorgetragen, markieren den neuen Trend am radikalsten: weg von einer Semiologie architektonischer Formen, hin zu einer Phänomenologie architektonischer Zustände, zum architektonischen Ort, der, in der Herleitung der Methodik von Husserl und Heidegger, als Bezugspunkt »lebenswirklicher«, anthropologischer Grundwerte menschlichen Seins bestimmt wird. Weg von den Fährnissen eines bestimmbaren historischen Prozesses, Rückbesinnung auf die ewigen Wahrheiten vorgegebener menschlicher, und damit auch räumlicher, architektonischer Ordnungen - die wahre Moderne, die Synthese aus »Modene« und »Postmoderne«, die uns Norberg-Schulz als »authentische Architektur« (S. 21) vorzeichnet, dürfte das Ende der Architektur sein. Oder ihr Anfang?

Die Konjunktur von Ironie und formverspieltem Historismus, wie ihn weite Teile der vorliegenden Postmoderne so euphorisch vorexerziert haben, dürfte dann aber unwiederbringlich vorbei sein.

#### Anmerkungen:

 Ein umfassender Beitrag vom Verf. zum Thema wird in einem späteren Heft von ARCH<sup>+</sup>, vorauss. im Sommer 1981 erscheinen.

2) Die Zitate nach der italienischen Ausgabe des Katalogs »La presenza del Passato«, Mailand (Electa) 1980. Danach die folgenden Seitenveweise im Text. Zu'einem weiteren Verständnis der Ausführungen Portoghesi's vergl. sein Buch »Dopo l'architettura moderna«, Bari (Laterza) 1980.

## Wohnen in der Stadt: Konflikte und Experimente

### **Editorial**

#### Die neue alte Wohnungsnot

Die »Neue Wohnungsnot« ist zum Schlagwort geworden. Die Zeitungen sind voll von Berichten über die Warteschlangen vor den Wohnungsämtern. Überraschung schwingt mit über ein überwunden geglaubtes Phänomen, weshalb Vergleiche mit der Nachkriegszeit geboten erscheinen. Allzu gerne ließ sich die veröffentlichte Meinung bisher von den in die politische Landschaft passenden statistischen Zahlen blenden: von ständig steigenden Einkommen, vergleichsweise geringen Wohnungskosten und dem Ausgleich von Zahl der Wohnungen und Zahl der Haushalte. Nur zu verführerisch klangen entsprechende Zahlen, ließ man sich doch die Wohnungsbauförderung Jahr um Jahr einen schönen Batzen Geld kosten (Vgl. Zusammenstellung der Fördermittel). Dafür konnte man schon etwas erwarten.

Es soll nicht bestritten werden, daß sich in drei Nachkriegsjahrzehnten die Wohnungsversorgung quantitativ und qualitativ erheblich verbessert hat. Aber ein statistischer Durchschnitt ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Aus der Einkommensverteilung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen ist die völlig disparate Zahlungsfähigkeit der Wohnungsmarktkonkurrenten herauszulesen (Vgl. Schaubild). Der harte Kern in den Notfallkarteien der Wohnungsämter ist nur die Spitze des Eisbergs all derjenigen, die noch nie ausreichend mit Wohnraum versorgt waren. Für Ausländer, Auszubildende, für unvollständige, kinderreiche und arme Familien kommen allerdings zu den ökonomischen noch soziale und kulturelle Sperren hinzu, die schon im Vorfeld der Wohnungssuche wirksam werden. So kommt es zu einem Nebeneinander von schlechten, doch teuer bezahlten Wohnungen und besseren, dabei aber noch billigeren: Ein marktwirtschaftliches Paradoxon, das erst mit Blick auf die Sozialstruktur der Mieter und Vermieter erklärbar wird. (Vgl. Ipsen).

Nähme man die alte Wohnungsnot ernst, also die traditionelle schlechte Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten, und nicht die der sogenannten Randgruppen, so wären Lösungsvorschläge zu diskutieren, die auf die sozialen und finanziellen Gegebenheiten dieser Gruppen zugeschnitten sind. Dann müßte beispielsweise wieder angeknüpft werden an genossenschaftlichen Traditionen zur Selbsthilfe, müßte beispielsweise die flächen- und kostenfressende Tendenz zur Vereinzelung unterbrochen werden, wonach das Ziel aller Wohnwünsche in der eigenen Villa, im eigenen Hobbyraum, in der eigenen Sauna oder gar Schwimmbad zu suchen ist

Stattdessen zielen die offiziell gehandelten Therapievorschläge in eine ganz andere Richtung. Die Rezepte gelten nicht denen »da unten« sondern den oberen Rängen der Sozialskala. Auch die SPD kann ohne diese Klientel nicht regieren, also kann man sich leicht parteienübergreifend einigen: wer hat, dem wird gegeben. Adressat aller Vorschläge sind nur die Eigentümer - die kleinen und die großen. Die wirkliche Wohnungsnot, die dramatischen Bilder aus den Wohnungsämtern sind nur Vorwand für durchsetzungsstarke Mittelhändler und kapitalstarke Anleger. Die ganze offizielle Diskussion kreist nur um die Frage, wie man zum einen die Gemeinden dazu bringen kann, mehr und billigeres Bauland auszuweisen, damit wenigstens der Mittelstand noch das »Grundrecht auf eigengenutztes Wohnungseigentum« (Sperling) realisieren kann und wie man zum zweiten den privaten Anleger, vor allem auch die Lebensversicherer, durch eine in ihren Augen »angemessene« Rentabilität wieder zum Investieren im Wohnungsbau bringt. (Vgl. hierzu den Beitrag von Emenlauer). Damit setzt sich die seit der Nachkriegszeit verfolgte Wohnungspolitik einer ständig zunehmenden Liberalisierung bruchlos fort. Nach Meinung der Verfechter werden die heilsamen Kräfte des Marktes schon vorhandene Versorgungsengpässe ausgleichen (Vgl. Beitrag Eeckhoff). Die Gegenposition, die Einschränkung einer ohnehin überzogenen Eigentumsförderung und Festigung eines staatlichen marktkorrektivs fordert, (Vgl. Beitrag Conradi) war bisher nicht erfolgreich. Der Ausgang des Streites um die Aufhebung der Mietpreisbindung in Berlin ist eine Probe aus Exempel. (Vgl. Beitrag Eichstädt-Bohlig).

Von den Vertretern einer weiteren Stärkung des Marktes, dominierend in den Medien, werden jedoch einige Tatsachen beflissentlich übergangen. Untersuchungen, vom Bauministerium bezahlt, aber nicht veröffentlicht, weisen nach, daß auch heute eine mit anderen Anlageformen vergleichbare Rentabilität im Wohnungsbau erzielt wird. (Vgl. Beitrag Heinzel)Vor allem wird aber übersehen, daß erhebliche Investitionen im Wohnungssektor getätigt weden - nur nicht ausschließlich im Neubau. Die Investitionen gehen zu einem erheblichen Antel in den Bestand. Das ist eine für die Erneuerung alter Quartiere durchaus erwünschte Art der »Investitionslenkung«, vor allem über den erweiterten § 7 b EStG. Die auch von der SPD wesentlich mitvertretene Wohnungspolitik hat sich damit nur leider ihr wichtigstes ideologisches Bein abgesägt: Der vielgerühmte »Sickereffekt« wurde unterbrochen. Bestandsinvestitionen schaffen bekannterweise keinen neuen Wohnungsraum und reduzieren den Bestand an billigen Wohnungen. Unter Marktbedingungen führt eine diesermaßen "erfolgreiche" Stadterneuerung zum Desaster in der Wohnungspolitik insgesamt.

Aus dieser Sackgasse kommt man nach offizieller Lesart nur noch durch Kapitulation vor dem Kapital heraus. Das ursprünglich selbst Finanzämtern unseriös erscheinende Bauherrenmodell bekommt die Weihen des öffentlich verkündeten Patentrezepts für den Wohnungsbau - einschließlich des sogenannten »Sozialen«. Die fortschreitende Liberalisierung bringt endlich den Wahlspruch der Galionsfigur der bürgerlichen Freiheit auf Profithascherei, des Bürgerkönigs Louis Philipp, wieder zu Glanze:

»Enrichessez - vous« - Bedienen Sie sich, meine (Bau)-Herren! Wer es richtig anstellt, und in der rictigen Gehaltsklasse ist, bildet Wohnungseigentum ohne Einsatz eigenen Kapitals (Vgl. Beitrag Becker zum Bauherrenmodell). Wer bezahlt die Zeche, wenn alle bedient sind?

Daß bei der schier erdrückenden Einigkeit von Profiteuren und Verwaltern und der vergleichsweise geringen Zahl sozialer Gegenbewegungen und politischer Opponenten, Gegenwehr schwer ist, das ist nur ein (zudem noch banaler) Teil der Wahrheit. Die Schwäche oder Stärke des Opponierens hat auch zu tun mit der Überzeugungskraft und Attraktivität der Alternativen.

Hier ist aber nun festzustellen, daß man zwar meistens weiß, was, wie und mit welchen Mitteln veteidigt werden soll (und die Beiträge zum Kampf gegen die Stadtteilenteignungen in Kassel sowie den rechtlichen Gegenwehrmöglichkeiten Planungsbegeben da überzeugend troffener von J. Wolf und Auskunft), weit weniger Ideen aber dazu existieren, welche Lebens-und Wohnrechte man sich wie erobern will. Daß die Initiativen gegen Luxusmodernisierung, die Initiativen zu Hausinstandbesetzungen sich auf die Fragen der Selbstverteidigung der Errichtung von Barrieren gegen das Kapital konzentrieren, ist nur legitim und natürlich; es liegt am nächsten. Müßten aber die politischen Opponenten in und außerhalb der Sozialdemokratie, die fachlichen Dissidenten außer über Möglichkeiten der Bremsung des Rutsches in die noch freiere Marktwirtschaft nicht auch über Möglichkeiten der Kurskorrektur nachdenken? Wieweit macht die Gleichung »weniger Geld für die großen Investoren, keine Abbau sozialer (Mieter)schutzrechte, bescheidene Modernisieren und mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau« schon ein

Uns will scheinen, daß in den sozialen Initiativen, Kämpten und Experimenten der Selbstverteidigung weit mehr korrektive Elemente stecken, als es Politiker und Fachleute im Rahmen ihrer politischen und ideologischen Traditionen zu sehen vermögen. Hat die Schwäche der Gegenwehr mithin nicht auch mit mangelnder Blickschärfe und allzu gewohnten Sehweisen zu tun?

mangelnde Blickschärfe: für die kulturellen Seiten eines Protestes, der dort, wo Wohnraum verteidigt zugleich auch um die Anerkennung anderer Wohn- und Lebensmodelle kämpft

allzu gewohnte Sehweisen: wenn die herrschenden Alternativkategorien »Privatinitiative« oder »staatliche Verwaltung« bei der Lösung von Wohnungsproblemen übernommen werden und damit nicht in den Blick gerät, inwieweit soziale Experimente wie die der Selbsthilfe, jenseits ihres unmittelbaren praktischen Nutzens, eine sehr prinzipielle Bedeutung haben: als Ansätze zu Formen einer Okonomie und politischen Verwaltung, die mit keinem der beiden traditionellen »Standpunkte« zu begreifen sind.

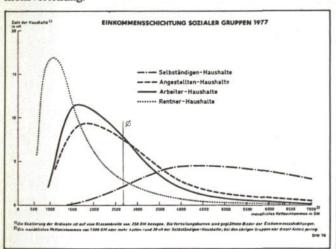
Wenn also das nächste Heft der Zeitschrift ARCH<sup>+</sup> zu gleichen Teilen das Thema Wohnen und Selbsthilfe aufgreifen will, dann betrachten wir das als eine bestimmte Art der Weiterführung und Konzentration der in diesem Heft (u.a. mit Beiträgen wie denen vom IWU/Darmstadt) begonnenen Diskussion: hinaus über die Frage, wie man unter dieser Wohnungswirtschaft überleben kann und hin zu der Frage, welche Chancen heute ein anderes Wirtschaften für ein anderes Leben und Wohnen hat.

Die Herausgeber des Heftes

#### Was bedeutet »Durchschnitt«?

In der wohnungspolitischen Diskussion spielt die durchschnittliche Mietbelastung eine wichtige Rolle. Aus den makroökonomischen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung über Einkommen und Verbrauch wird zumeist abgeleitet, daß die Höhe der Mietbelastungen - in Relation zum Einkommen - erstens sehr niedrig (1977: 10,9 vH.) und zweitens seit Jahren weitgehend konstant sei (1970: 10,6 vH., 1973: 10,5 vH., 1975: 10,6 vH.).¹ Zusammen mit den Mietnebenkosten - also Ausgaben für Elektrizität, Gas, Brennstoffe - seien die Einkommen aller privaten Haushalte im Durchschnitt mit nur 14.5 v.H. belastet.

Wie wenig aussagefähig bzw. irreführend eine solche »Durchschnittsbetrachtung« ist, zeigt schon ein Blick auf die Einkommensverteilung.



Das »durchschnittlich« monatlich verfügbare Einkommen aller privaten Haushalte betrug 1977 2 671 DM. Dieser »Gesamtdurchschnitt« setzt sich jedoch aus dem »durchschnittlichen« Einkommen des Selbständigen mit 6 826 DM, der Angestellten und Beamten mit 2 877 DM, der Arbeiter mit 2 501 DM und der Rentner und Versorgungsempfänger mit 1 542 DM zusammen. Doch das sind immer noch Durchschnittszahlen. Viel wichtiger ist: nur 6% der Selbständigen, doch 55% der Angestellten und Beamten, 65% der Arbeiter und sogar 85% der Rentner hatten ein Einkommen, das (zum Teil weit) unter dem ominösen Durchschnittseinkommen aller privaten Haushalte lag.

Da, wie wir alle wissen, mitnichten derjenige weniger Miete zu zahlen hat, der wenig verdient, läßt sich aus diesen Zahlen »neben dem Durchschnitt« leicht ermessen, was sich hinter einem statistischen Wert von 14,5% Mietkostenbelastung verbergen kann: 55% aller Beamten und Angestellten, 65% aller Arbeiter und 85% aller Rentner liegen darüber?

#### Anmerkungen:

 Vgl. Wochenbericht des Deutschen Instituts f
ür Wirtschaftsforschung (DIW) 11/79, S. 118 u. S. 124

#### Das 20 Milliarden-Ding

Die Verteilung der Wohnungsbausubventionen von Bund, Ländern und Gemeinden auf die verschiedenen Förderungsarten

Aufwendungen für	in Mrd. DM	in v.H.
Soz. Wohnungsbau	4.70	23.4
§ 7 b EStG	4.76	23.7
§ 7,5 EStG und § 82 a EStDV	0.90	4.5
Grunderwerbssteuerermäßigung	2.30	11.5
Grundsteuerermäßigung	0.89	4.4
Mod. Programme und Energiesparzuschüsse	0.79	4.0
Städtebauförderung	1.09	5.4
Zwischensumme	15.43	76.9
Bausparprämien und Steuerersparnis	2.69	13.4
Wohngeld	1.95	9.7
Gesamtvolumen	20.07	100.0

Quelle: Bundesbauministerium. Die Tabelle enthält die »Barwerte« der Förderung im Jahre 1978. Enthalten sind also alle die Subventionen, für die im Jahre 1978 eine rechtliche Verpflichtung eingegangen wurde.

Der Staat ist in erheblichem Umfang am Wohnungsbau beteiligt. Bei einem Gesamtvolumen der Wohnungsbauinvestitionen von 77.34 Mrd. DM betrugen 1978 die öffentlichen Förderungsmittel (Barwerte) 20.07 Mrd. DM.

Dabei entfallen auf die indirekten Subventionen, die ohne Einkommensbegrenzung Wohnungsbauinvestoren gewährt werden, (also die Abschreibungen und die Grund- und Grunderwerbssteuerermäßigungen) 44.1%. Der Soziale Wohnungsbau ist dem Staat dagegen nur die Hälfte wert, wobei nicht vergessen werden darf, daß etwa 2/3 aller Sozialwohnungsbaumittel in die Eigentumsförderung fließen.

Im restlichen Drittel sind auch solche Förderungen enthalten, die zumindest teilweise nicht der Wohnungsbaufinanzierung dienen. Nach Schätzungen des BM Bau sind dies knapp 2 Mrd. DM aus Grunderwerbssteuerermäßigung, Städtebauförderung, Bausparprämien und Sonderausgaben. Dazu kommen weitere 2 Mrd. DM Wohngeld. Es verbleiben damit noch 16,14 Mrd. DM, die der Mitfinanzierung dienen und weiteres Kapital im Wohnungssektor binden.